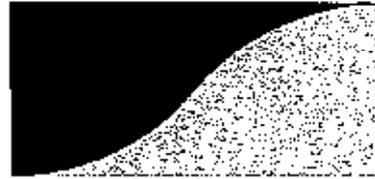


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbh d



Inhalt

Rainer Offergeld MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, unterstreicht, das Cancun wichtige Fortschritte gebracht hat: Alle haben dazu gelernt.

Seite 1

Willi Jäger erläutert, weshalb Willy Brandt den Wenzel-Jaksch-Gedächtnispreis erhält.

Seite 4

Irm Scheer-Pontenagel wendet sich gegen die Einführung der Frauen-Wehrpflicht durch die Hintertür: Schon Gemeinschaftsdienst genug.

Seite 6

Karl-Heinz Hiersemann MdB beschreibt, wie Strauß und Konsorten den Bürgern Angst machen: Dumpfsinniges von der Staatsregierung.

Seite 7

36. Jahrgang / 206

28. Oktober 1981

Alle haben dazu gelernt

Cancun hat eine Reihe wichtiger Fortschritte gebracht

Von Rainer Offergeld MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Das Gipfeltreffen von Cancun ist vorbei. Das Echo auf seine Ergebnisse ist unterschiedlich: gedämpfter Optimismus bei den einen, Skepsis bei den anderen. Sicher wurde manche Hoffnung enttäuscht. Doch viele Erwartungen wurden auch übertroffen. Cancun war jedenfalls sehr viel mehr als nur der Versuch, die Globalverhandlungen voranzubringen.

Das Gipfeltreffen in Cancun sollte einem informellen und freimütigen Gedankenaustausch auf höchster politischer Ebene dienen, Vertrauen zwischen führenden Staatsmännern aus Nord und Süd schaffen und das politische Klima zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern verbessern. Diese Konferenzziele wurden erreicht. Die Atmosphäre in Cancun war offen, kreativ und frei von gegenseitigen Beschuldigungen. Die Argumentation war sachlich und differenziert. Die Teilnehmer waren bereit, einander zuzuhören und voneinander zu lernen. Das allein ist schon ein Erfolg. Niemand ist aus Cancun abgereist, ohne dazugelernt zu haben.

Alle Teilnehmer betrachteten die Nord-Süd-Probleme als eine entscheidende Herausforderung für die kommende Dekade. Es bestand Einigkeit darüber, daß ihre Lösung eng mit der Erhaltung des Weltfriedens verknüpft ist. Nicht zuletzt deshalb erklärten die Staats- und Regierungschefs ihre Bereitschaft, im Rahmen des UN-Systems globale Verhandlungen zu führen, allerdings auf einer Grundlage, die noch gegenseitig vereinbart werden muß.

Damit ist klargestellt: Die Globalen Verhandlungen finden innerhalb des UN-Systems statt, nicht außerhalb. Das ist ein Erfolg, denn die Amerikaner haben diesen Verfahren zuge-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verstärkter Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



stimmt, Es gibt aber noch Stolpersteine, denn alle Staaten müssen sich zuerst über die Grundlage, das heißt über Inhalt und Prozedur der Globalen Verhandlungen einigen. Es wird weiterer intensiver Verhandlungen bedürfen, um die noch offenen Fragen zu lösen. Cancun hat in dieser Hinsicht nicht alle Hoffnungen erfüllt.

Cancun hat in einer Reihe von Sachfragen wichtige Fortschritte gebracht. Die Staats- und Regierungschefs betonten die Notwendigkeit der Wiederbelebung der Weltwirtschaft, die nur möglich ist, wenn auch in den Entwicklungsländern wirtschaftliche Fortschritte erzielt werden. Die Bedeutung der Interdependenz, der gegenseitigen wirtschaftlichen Verflechtung, die sich wie ein roter Faden durch den Brandt-Bericht zieht, wurde voll anerkannt: Der wirtschaftliche Wohlstand eines Landes oder einer Gruppe von Ländern hängt jeweils von den Wachstums- und Stabilitätsbedingungen in anderen Ländern ab. Die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme können nur gemeinsam gelöst werden.

Cancun hat bekräftigt, daß sich in einer interdependenten Welt kein Land seiner Verantwortung entziehen kann. Deshalb wurde bedauert, daß die Sowjetunion nicht an dem Treffen teilnahm. Viele Teilnehmer beklagten die Höhe der Rüstungsausgaben und wiesen darauf hin, daß diese Mittel besser für Entwicklungsaufgaben ausgegeben werden sollten. Nachdrücklich wurde auch betont, daß sich die Entwicklungsländer nach ihren eigenen Wertvorstellungen und Leitbildern entwickeln sollen.

Zu den zentralen Themen in Cancun gehörte die Frage, wie der Hunger in der Welt bekämpft werden kann. Hierzu wurde in wichtigen Fragen Übereinstimmung erzielt, unter anderem:

- Der Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung kommt politische Priorität zu.
- Die internationale finanzielle und technische Unterstützung für den landwirtschaftlichen Sektor muß verknüpft werden mit einer vernünftigen internen Agrarpolitik der Entwicklungsländer. Notwendig sind nationale Ernährungsstrategien.
- Ein langfristiges Programm zur Beseitigung des Hungers im Jahre 2.000 soll erarbeitet werden.
- Nahrungsmittelhilfe ist nur sinnvoll für Notsituationen. Sie darf eigene Anstrengungen der Entwicklungsländer zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht unterhöhlen.



- Die Bevölkerungsexplosion verschärft die Hungerprobleme. Die Erfahrungen einer Reihe von Entwicklungsländern zeigen, daß Bevölkerungspolitik dazu beitragen kann, Ernährungsprobleme zu mildern.
- Es muß Doppelarbeit bei den internationalen Organisationen vermieden werden, die sich mit Landwirtschaft und Ernährung befassen.

Das Energieproblem wurde als eines der Schlüsselprobleme der Soer Jahre bezeichnet. Man war sich einig, daß es sich dabei um ein globales und nicht nur um ein Nord-Süd-Problem handelt. Deshalb sollte die Energieeinsparung bei allen ölimportierenden Ländern intensiviert werden. Die Entwicklung von neuen und nicht erschöpflichen Energieressourcen sollte vorangetrieben werden. Mit Nachdruck wurde auf die Belastung der Entwicklungsländer durch die hohen Öleinfuhrrechnungen hingewiesen, ein Novum, denn bisher hatten vor allem die OPEC-Länder solche Formulierungen zu verhindern gewußt. Es wurde die Notwendigkeit höherer Energieinvestitionen in den Entwicklungsländern betont - sowohl mit öffentlichen als auch mit privaten Mitteln - und die meisten Länder sprachen sich für die Weltbank-Energietochter aus, zum ersten Mal auch Saudi-Arabien, das sich in dieser Frage bislang zurückhaltend gezeigt hatte.

Beim Handel wurde allen protektionistischen Bestrebungen eine klare Absage erteilt. Um die Einnahmen der Entwicklungsländer aus Rohstoffexporten berechenbarer zu machen, sollen auch Pläne zur Stabilisierung der Exporterlöse der Entwicklungsländer weiter verfolgt werden. Handelsbarrieren bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen und verarbeiteten Rohstoffen aus Entwicklungsländern sollen 1982 beim GATT-Ministertreffen diskutiert werden.

Intensiv erörtert wurden schließlich auch die finanziellen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer, besonders ihre Zahlungsbilanzprobleme, ihre Schuldendienst und ihr längerfristiger Finanzierungsbedarf. Beklagt wurde die Belastung der Entwicklungs- und Industrieländer durch hohe Zinsraten. Ferner wurde über die Schaffung und Verteilung der internationalen Liquidität diskutiert sowie über die Rolle von Sonderziehungsrechten als Hauptreserve-Währung und Entwicklungsfinanzierungsinstrument, über Fragen der IWF-Konditionalität, den Entscheidungsprozeß in den internationalen Finanzierungsinstitutionen, den Zugang zu den Kapitalmärkten und die Rolle des öffentlichen und privaten Kapitals in der externen Entwicklungsfinanzierung.

Cancun ist ein Anfang. Das sachliche Gespräch ist an die Stelle von formelhaften Resolutionen getreten. Die Bundesrepublik hat ihre entwicklungspolitischen Vorstellungen erfolgreich in die Konferenz eingebracht. Die deutsche Nord-Süd-Politik hat an Gewicht gewonnen. Sie muß auch in Zukunft kontinuierlich und berechenbar fortgesetzt werden. Die Impulse von Cancun müssen im Laufe der kommenden Verhandlungen beharrlich in konkrete Beschlüsse umgesetzt werden. Nur so wird der Geist von Cancun, den Mexikos Präsident Lopez Portillo in der Abschlußpressekonferenz beschwor, auch für diejenigen sichtbar, um die es in Cancun ging: die Armen und Unterprivilegierten in der Welt.

(-/28.10.1981/vo-he/ca)

+ + +



Dank an Willy Brandt
-----**Sudetendeutsche Sozialdemokraten ehren den SPD-Vorsitzenden****Von Willi Jäger
Präsidialmitglied der Seliger-Gemeinde**

Willy Brandt, Friedensnobelpreisträger von 1971, der kürzlich in New York mit der Goldmedaille für humanitäre Verdienste der internationalen jüdischen Organisation B'nai B'rith ausgezeichnet worden ist und dem wenige Tage später von der Universität Florenz eine weitere Ehrendoktorwürde verliehen wurde, wird in wenigen Tagen abermals eine Auszeichnung erhalten. Diesmal ist es die höchste Auszeichnung, die die Seliger-Gemeinde, die Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, zu vergeben hat: Der Wenzel-Jaksch-Gedächtnispreis. Die Verleihung erfolgt am 31. Oktober im Rahmen einer Feierstunde im Kurhaus Bad Aibling.

Für den einstimmigen Beschluß der Jury, der nicht nur Vertreter der Seliger-Gemeinde und nicht nur Sozialdemokraten angehören, waren viele Gründe bestimmend, denn der gemeinsame Weg, den Willy Brandt mit den sudetendeutschen Sozialdemokraten gegangen ist, begann vor mehr als vierzig Jahren. Es ist ein langer Weg, auf dem es viele Stationen gab, in denen sich Willy Brandt als Freund, als Mitkämpfer, als Helfer in der Not und als Schrittmacher erwies. So haben es ihm die sudetendeutschen Sozialdemokraten nicht vergessen, daß er schon zu einer Zeit, als in Deutschland noch viele Hitler zujubelten, für Gerechtigkeit gegenüber dem Nachkriegsdeutschland eintrat, sich gegen Vertreibungsabsichten wandte und auf die Notwendigkeit eines geregelten Volksgruppenrechts als Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben hinwies.

Im schwedischen Exil war Willy Brandt an der Seite von Ernst Paul und anderen namhaften Emigranten ehrenamtlicher Sekretär der als "Kleine Internationale" bekanntgewordenen Gruppe internationaler Sozialdemokraten. Als solcher war er maßgeblicher Verfasser einer am 1. Mai 1943 veröffentlichten Manifestation. In dieser Manifestation wurde im Blick auf das Nachkriegsdeutschland gefordert: "Das durch die nationale Aussiedlung und Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen entstandene Unrecht muß wiedergutmacht und es muß verhindert werden, daß neues Unrecht geschaffen wird. Neben den erforderlichen internationalen Kontrollmaßnahmen dürfen Strafmaßnahmen gegen ganze Völker oder Bevölkerungsgruppen nicht erfolgen." Zu einer Zeit



also, als in Deutschland noch Endsieg-Parolen verkündet wurden, sorgten sich Willy Brandt und seine Freunde um die Folgen des Krieges für die Deutschen. Um neues Unrecht auszuschließen, plädierten sie schon damals auch für Gerechtigkeit gegenüber Volksgruppen und nationalen Minderheiten, was gerade für die Sudetendeutschen wichtig war, die während der ersten Tschechoslowakei in dieser Hinsicht schlechte Erfahrungen gemacht hatten.

Was damals in dem Manifest stand, könnte auch für ein künftiges, vereintes Europa geschrieben worden sein, nämlich: "Minderheiten müssen ihre wirtschaftlichen, sozialen, nationalen und kulturellen Interessen wahrnehmen können, und es muß ihnen Selbstverwaltung eingeräumt werden. Den Bürgern der Minderheiten ist die wirtschaftliche, soziale, nationale und politische Gleichberechtigung im Staat verfassungsmäßig zu sichern. Diese Rechte müssen international garantiert werden." An diese Bekundungen wird sicher in der Laudatio bei der Überreichung des Preises erinnert werden. Der Wenzel-Jaksch-Gedächtnispreis wird unter anderem für Verdienste um die friedliche Neugestaltung Europas verliehen. Allein schon unter diesem Gesichtspunkt mußte es der Jury leicht fallen, zu der einmütigen Entscheidung zu kommen. Da es sich um einen kulturpolitischen Preis handelt, überrascht es nicht, daß unter den bisherigen Preisträgern Künstler und Schriftsteller wie Georg Trapp oder Josef Mühlberger sind. Unter den Preisträgern der vergangenen Jahre, die für ihre Verdienste um die "Wahrung des Vermächnisses der sudetendeutschen Arbeiterbewegung" ausgezeichnet worden sind, befinden sich Naziverfolgte wie Maria Günzel oder Albert Exler, bei anderen Preisträgern, wie der Engländerin Doreen Warriner und dem Schweden Axel Granath ging es um die Anerkennung außerordentlicher humanitärer Taten. In der Reihe der namhaften Politiker, die zu den Preisträgern zählen, finden sich Namen wie Volkmar Gabert, Bruno Kreisky und Herbert Wehner.

Die Ehrung Willy Brandts erhält eine zusätzliche Bedeutung dadurch, daß die Seliger-Gemeinde zugleich das Jubiläum ihres dreißigjährigen Bestehens begeht. Das ist sowohl für die sudetendeutschen Sozialdemokraten wie für den diesjährigen Preisträger ein guter Anlaß Rückblick zu halten auf den gemeinsamen Weg.

(-/28.10.1981/ks/ca)

+ + +



Schon Gemeinschaftsdienst genug

Gegen die Einführung der Frauen-Wehrpflicht durch die Hintertür

Von Irm Scheer-Pontenagel

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Generalinspekteur Jürgen Brandt und Bundesverteidigungsminister Hans Apel haben sich anlässlich der jüngsten Bundeswehr-Kommandeurtagung in Ingolstadt dafür stark gemacht, daß künftig auch Frauen freiwilligen Dienst bei der Bundeswehr leisten sollten. Auch der Bundeswehrverband will einen umfassenderen Gemeinschaftsdienst für alle jungen Bürgerinnen und Bürger. Dies wird unter dem Vorzeichen der Gleichberechtigung diskutiert oder gar angepriesen. Wenn sich Frauenvertreterinnen gegen das Berufsbild der weiblichen Soldaten wehren, ernten sie oft Kopfschütteln - so, als würden nun Frauen gegen ihr eigenes Gleichberechtigungsziel verstoßen.

Bei näherer Betrachtung muß man jedoch zum Ergebnis kommen, soldatischen Dienst für Frauen abzulehnen:

1. Artikel 12a des Grundgesetzes sagt mit einer nicht interpretationsfähigen Eindeutigkeit, daß Frauen keinen Dienst an der Waffe leisten dürfen. Entsprechende Forderungen sind mit der Verfassung nicht zu vereinbaren.
2. Wenn Frauen in der Bundeswehr aber keinen Dienst mit der Waffe leisten sollen und dürfen, dann bleiben weiblichen Zeit- und Berufssoldaten nur noch neben- und untergeordnete Tätigkeitsfelder übrig. Zwar sind nicht alle Tätigkeiten bei der Bundeswehr ein unmittelbarer Dienst an der Waffe, aber alle Soldaten durchlaufen zwangsläufig immer wieder Ausbildungs- und Diensttätigkeiten an der Waffe. Da dies für Frauen entfällt, könnten sie immer nur Sonderausbildungen und abgegrenzte, meist neben- und untergeordnete Tätigkeitsfelder ausüben. Generalinspekteur Brandt hat das indirekt bestätigt, als er davon sprach, daß nicht alle Funktionen in der Bundeswehr Frauen geöffnet werden sollten. Mit anderen Worten: Eine berufliche Gleichberechtigung der Frau ist in der Bundeswehr gar nicht möglich. Täglich würde ihnen vor Augen geführt, daß sie Soldaten zweiter Garnitur wären. Als einen Schritt zur Gleichberechtigung kann man einen solchen Schritt nicht betrachten. Er wäre das Gegenteil.
3. Es ist zu vermuten, daß viele Befürworter eines weiblichen Berufs- und Zeitsoldaten dies insgeheim nur als Vorstufe betrachten für eine spätere Wehrpflicht von Frauen. Denn wenn Frauen als Berufs- und Zeitsoldaten bei der Bundeswehr wären, was - so könnte es bald heißen - spricht dann gegen eine Wehrpflicht für Frauen? Nicht zufällig fordert der Bundeswehrverband einen umfassenden Gemeinschaftsdienst für alle jungen Bürgerinnen und Bürger.

Auf die Gefahr einer salami-taktischen Einführung der weiblichen Wehrpflicht durch die Hintertür sollten wir uns aber nicht einlassen. Frauen tragen die Hauptverantwortung für die gesundheitliche und menschliche Entwicklung der Kinder; sie leisten schon immer den Dienst an der Gemeinschaft, nach dem andere jetzt rufen.

(-/26.10.1981/ks/ca)

+ + +



Dumfsinniges von der Staatsregierung

Wie Strauß und Konsorten den Bürgern Angst machen

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Daß Politiker sich gerne in nichtssagende Allgemeinplätze oder vage Andeutungen flüchten, ist insbesondere dem elektronisch berieselten Bürger ein bekanntes Faktum, über das er sich kaum noch ärgert. Die Mitglieder der CSU-Staatsregierung allerdings haben diese Vernebelungstaktik in eine besonders perfide Richtung perfektioniert: Ohne in ihren Äußerungen konkret zu werden, hinterlassen sie doch überall, wo sie auftreten oder Erklärungen abgeben, einen Dunstkreis von Verdächtigungen, verträufeln ein Gift des Mißtrauens, suggerieren den Bürgern, sie müßten irgendwie ständig vor etwas Angst haben.

Drei wahllos gegriffene Erklärungen aus jüngster Zeit mögen dies verdeutlichen.

An der Spitze dieser Nebelwerfer steht natürlich Strauß. Laut Mitteilung der Staatskanzlei vom 13. Oktober meinte Strauß in einem Grußwort für den Ladesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei in Bayreuth, Staat und Bürger müßten voll hinter den zum Schutz der Polizei getroffenen Maßnahmen stehen. Dann kommt direkt anschließend und übergangslos der Satz: "Es geht nicht an, daß Demokratie als eine Staatsform gedeutet wird, in der dem zunehmend gewalttätigen oder terroristischen Rechtsbrecher jeglicher Freiheitsmißbrauch zuzugestehen ist, während dem Ordnungshüter die Rolle des Spielverderbers zufällt."

Natürlich "geht das nicht an", aber wem sagt Strauß das? Wer eigentlich gesteht Gewalttätern und Terroristen "jeglichen Freiheitsmißbrauch" zu? Doch wohl nur die Terroristen selbst gestehen sich so etwas zu. Hat sich also das Grußwort von Strauß an die Adresse von Terroristen gerichtet? Oder kalkuliert der Dunkelmann Strauß ganz einfach darauf, nach Sonthofener Manier allgemeine Angstgefühle zu erzeugen, in deren Gefolge sein Weizen blüht?

Wohl der beste Strauß-Schüler im Verbreiten von dumfsinnigen Formulierungen ist sein Ex-Generalsekretär Tandler. Dessen Innenministerium erklärte am 10. Oktober: "Die Polizei hat einen Anspruch darauf, daß sie von der Opposition genauso gegen unberechtigte Angriffe in Schutz genommen wird wie von der Staatsregierung. Mit dieser



Feststellung warnte heute Innenminister Gerold Tandler auf dem 15. Landesdelegiertentag der GdP in Bayreuth davor, durch vorschnelle Kritik an der Polizei Mißtrauen in die Arbeit der Sicherheitsorgane zu säen."

Also, wer übt denn nun "vorschnelle Kritik"? Wen meint Tandler? Ist er zu feige, direkt die "Opposition" zu bezichtigen? Oder meint er die Opposition gar nicht, sondern irgendwelche obskuren Leute? Kurzum: Es ist die bekannte hinterhältige Methode, sich nicht klar auszudrücken und so - in diesem Fall vor den Polizeibeamten - irgendwelche unspezifischen Feindbilder aufzubauen.

Ein Spezialist für undifferenzierte, dafür von Vorurteilen strotzende Erklärungen ist Justizminister Hillermeier. Er beklagte am 13. Oktober bei den Trägern des bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens, es gebe zu ernster Sorge Anlaß, "daß sich in manchen Teilen unserer Bevölkerung in den letzten Jahren eine Mentalität breitgemacht hat, alle Garantien und Leistungen unseres Staates wie selbstverständlich entgegenzunehmen, persönliche Opfer aber und eigene Leistungen entrüstet abzulehnen".

Ein Biertischgeschwätz, wie man es in Stehkneipen spätabends verzeiht - "die Jungen, die Arbeitslosen, die Studenten, die Gastarbeiter und so weiter - alle faul, aber gefräßig".

Aber Hillermeier weiß auch Pazifisten in ähnlich qualifizierter Weise zu würdigen. Es gebe, meinte er, eine pazifistische Strömung, "die jede Verteidigungsbereitschaft als friedensgefährdend diffamiert, die bedingungslos auf jede Verteidigung verzichten will ohne Rücksicht darauf, ob andere ihre militärische Überlegenheit weiter ausbauen".

Meint Hillermeier damit die Friedensbewegung, die Bonner Kundgebung? Oder allgemein Wehrdienstverweigerer? Wer so simpel und pauschal mit der Friedensbewegung umgehen zu können glaubt, schürt damit letztlich den inneren Unfrieden und ist ganz gewiß kein Gesprächspartner für junge Leute. Aber das will Hillermeier auch gar nicht sein: Welchen Umgang mit der Jugend er für richtig hält, hat er ja in Zusammenhang mit den Nürnberger Massenverhaftungen gezeigt.

(-/28.10.1981/ks/hi/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

